

1933-1940: Zunehmender Druck und schließliches Ende –

Die St. Ursula-Schulen in Villingen in der Zeit des Nationalsozialismus

Mit der zunehmenden Verschlechterung des Verhältnisses zwischen dem nationalsozialistischen Staat und der katholischen Kirche, vor allem nach der Verurteilung der NS-Rassenlehre durch die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ durch Papst Pius XI im Jahre 1937, wurde der Druck der Nazis auf die kirchlichen Institutionen und damit nicht zuletzt auf die kirchlichen Schulen kontinuierlich stärker.

In aller Öffentlichkeit wurde von den neuen Machthabern gegen Katholizismus, konfessionelle Schulen und vor allem gegen Klöster und Ordensleute Front gemacht. Ganze Artikelserien, Pamphlete, Karikaturen und Gerichtsprozesse (z.B. sog. Devisenprozesse, Sittlichkeitsprozesse u.a.) sollten Eltern und Erziehungsberechtigten klar machen, dass Klöster Lasterhöhlen seien und dass sie ihre Kinder tunlichst den staatlichen Schulen zu überlassen hätten.

Da diese Maßnahmen jedoch bei der katholischen Bevölkerung wenig Anklang fanden, und die kirchlichen Schulen kaum in Mitleidenschaft zogen (St. Ursula Villingen erreichte im Schuljahr 1936/37 mit 173 Schülerinnen einen Rekordstand) (1), wurden über die reine Propaganda hinaus nunmehr auch sehr konkrete Schritte zunächst gegen das finanzielle, dann aber zunehmend auch gegen das personelle Fundament privater Schulen übernommen.

Mit einer neuen Schulgeldverordnung vom Juni 1936 und mit der Verpflichtung der Schwestern zur Grundsteuer auch für ihre Schule und das Schülerinnenheim (Erlass vom 15. November 1938) (2) kamen erhebliche finanzielle Belastungen auf St. Ursula zu, konnten aber zunächst noch einigermaßen aufgefangen werden, da „mit Ausnahme von 2 oder 3 Lehramtsassessorinnen, die vom Lehrinstitut angestellt und besoldet wurden, ... sämtliche Lehrkräfte dem Konvent St. Ursula zu Villingen an(gehörten)“ (3), und damit auf der Kostenseite erheblich zur Entlastung beitrugen.

„Beamtenerlass“ wenige Monate nach der Enzyklika „Mit brennender Sorge“

Nicht mehr aufzufangen war dagegen der Schlag, den die Kultusbürokratie am 9. September 1937 mit dem sog. Beamtenerlass führte. Zwar hatte der badische Reichsstatthalter schon 1935 seine Beamten aufgefordert, ihre Kinder öffentlichen Schulen zuzuführen, und der Druck, der seitdem seitens der Partei und seitens des Staates auf seine Diener ausgeübt wurde, hatte ständig zugenommen und auch bereits zu kirchlichen Protesten geführt (4), aber jetzt (wenige Monate nach der Enzyklika „Mit brennender Sorge“) wurde staatlicherseits jegliche Zurückhaltung aufgegeben und ganz einfach verfügt:

„Es verträgt sich nicht mit den Pflichten eines Beamten des nationalsozialistischen Staates, wenn er seine Kinder ohne zwingende Gründe einer privaten Schule zuführt ...

Es kann auch nicht gebilligt werden, wenn sich Beamte in die Kuratorien und Verwaltungsräte privater Schulen berufen lassen und durch diese Haltung andere Volksgenossen darin bestärken, ihre Kinder den öffentlichen Schulen zu entziehen ... (5).“

Bereits am 21. November desselben Jahres weiteten die Nazis diese Bestimmungen auch auf die nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst aus. Die jeweiligen Dienstvorstände wurden seitens des Kultusministerium verpflichtet, „alle ihnen unterstellten nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder entsprechend zu belehren“, und die privaten höheren Schulen wurden ihrerseits unter Strafandrohung gezwungen, die Kinder, deren Eltern im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, spätestens zu Ostern 1939 zu entlassen. Das Kultusministerium erwarte genaue Beachtung dieser Anordnung. Verstöße müssten geahndet werden und könnten unter Umständen zur Schließung der Schule führen (6).

Da bis zu diesem Zeitpunkt gerade die Mittelschicht – und damit die Angehörigen des öffentlichen Dienstes – ihre Kinder im großen Umfang auf kirchliche Schulen zu schicken pflegten, war mit diesen Schlägen deren Existenz – und damit die Existenz der St. Ursula-Schulen in Villingen – nun in der Tat massiv bedroht. Und das um so mehr, als mit dem Datum vom 26. November 1938 auch noch die sog. Pensionatskurse (Handelsschulabteilung) an St. Ursula vom Ministerium geschlossen wurden (7). Die Schule verlor innerhalb kürzester Zeit nahezu 2/3 ihrer Klientel, und die Zahl der Schülerinnen sank von ihrem Höchststand von 173 im Schuljahr 1936/37 auf nur noch 65 im Schuljahr 1939/40.

Das Ende der schulischen Aktivitäten war jetzt nur noch eine Frage der Zeit. Es kam bald nach Kriegsbeginn 1939 und zwar mit Erlass vom 2. Dezember bezüglich der Haushaltungsschule (8) und mit Erlass vom 11. Dezember bezüglich des Lehr- und Erziehungsinstituts (Oberschule für Mädchen) (9). Erstere sollte noch im Dezember 1939 ihren Unterricht einstellen, letztere spätestens zum 1. April 1940.

Massive kirchliche Proteste gegen staatliche Schikanen

Wenn auch angesichts der damaligen weltpolitischen Lage (2. Weltkrieg; Sieg über Polen; bevorstehender Frankreichfeldzug) die Situation eigentlich hoffnungslos erschien, so waren Ursulinen und Ordinariat doch nicht bereit, diese Anordnungen einfach widerstandslos hinzunehmen. Erzbischof Gröber erhob beim Ministerium in Berlin Einspruch und versuchte sogar, Generalfeldmarschall Göring zugunsten der kirchlichen Schulen einzuschalten (10). Frau Superiorin, M. Antonia Hörner, ihrerseits schloss sich in einem Brief an das Ministerium des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe indirekt den Protesten des Herrn Erzbischofs an, beklagte die Härte der verfügbaren Maßnahmen und ersuchte die Behörde, falls die volle Zurücknahme der Verfügung nicht erfolgen könne, wenigstens die Genehmigung zu geben, die jetzigen 2. und 3. Klassen zu Ende führen zu dürfen, damit „den Schülerinnen nach 2- bzw. 3-jährigem Besuch der Oberschule ein Übergehen zur Volksschule erspart bleibe“ (11). Frau Superiorin erhielt als Antwort vom Kultusministerium am 22. Januar 1940 nur einen einzigen Satz: „Dem gestellten Antrag kann nicht entsprochen werden“ (12), und auch Generalvikar Rösch vom Freiburger Ordinariat musste in einem Schreiben an die Schwestern vom 19. Februar 1940 resignierend feststellen: „Unsere wiederholten Bemühungen, die Rücknahme oder wenigstens den Aufschub des Erlasses des Herrn Reichsministers betr. Schließung der privaten höheren Schulen für die weiblichen Lehr- und Erziehungsinstitute unserer Erzdiözese zu erreichen, blieben leider ohne Erfolg“ (13).

Abschiedsfeier zum erzwungenen Ende: „Im Kreuz ist Heil“

Als das Ende damit definitiv nicht mehr abzuwenden war, äußerte Erzbischof Gröber in einem sehr persönlichen Brief an die Schwestern vom 12. März 1940 seine tiefe Betroffenheit, sprach den Dank von Eltern und Kirche für geleistete Erziehungsarbeit aus und suchte schließlich in der Theologie des Kreuzes Trost für sich und die betroffenen Ordensleute:

„...Ich selber werde dem Kloster meine Treue halten und durch Rat und Tat es unterstützen. Die Klosterfrauen (aber) muß der christliche Gedanke trösten, daß aus dem Kreuz ein neuer Segen wachsen wird...“ (14)

Im Frühjahr 1940 war es dann soweit. Die Schule musste schließen, und als mit dem Ende des Schuljahres an Ostern der Schlussakt kam, waren lt. Klosterchronik „alle Anwesenden, Eltern, Schülerinnen und Lehrerinnen tief und schmerzlich bewegt, war es doch kein gewöhnlicher Schlussakt, sondern Schulschluss laut Verordnung des Reichministers. Die Schülerinnen der obersten Klasse spielten damals das ergreifende Stück „Im Kreuz ist Heil“ – wir haben das Kreuz als von Gott gesandt auf uns genommen und liebend zu tragen gesucht.“(15)

Das pädagogisch-schulische Engagement der Villingener Ursulinen war damit jedenfalls für die Dauer der nationalsozialistischen Herrschaft im Wesentlichen zu Ende. Was trotz der Beschlagnahme mehrerer Räume für die Unterbringung sog. „Volksdeutscher“ zunächst noch blieb, war der Fortbestand des Internats /Schülerinnenheims) – allerdings unter der verantwortlichen Leitung des Direktors der Immelmansschule (16) – und einer Art Haushaltungsschule, die unter dem Titel „Privates Töchterheim“ bis zum Herbst 1944 fortbestehen durfte. Dann wurde auch das Töchterheim aufgehoben, „weil die NSV den Platz für ein Kriegsaltersheim beschlagnahmte und in den Räumen 52 evakuierte Karlsruher, meist gebrechliche Leute unterbrachte.“(17)

Dr. Josef Oswald

Anmerkungen:

- 1 Schreiben des Lehr- und Erziehungsinstituts St. Ursula an das Hochwürdigste Erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg vom 11.1. 1940, Abschrift im „Archiv Bickenkloster“ (A.B.)
- 2 Schreiben des Ministers des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe an die Leitung des privaten Lehr- und Erziehungsinstituts St. Ursula vom 15.11. 1938, A.B.
- 3 Vergl. Anmerkung 1)
- 4 Z.B. Brief Erzbischof Gröber an das Amt für Beamtenschaft bei der Kreisleitung der NSDAP in Freiburg i.Br. vom 14. Mai 1937, Ordinariatsarchiv Freiburg B2-19/88
- 5 Erlass des Reichsministers des Innern vom 9. September 1937, in: Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin 5. Oktober 1937
- 6 Schreiben des Ministers des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe vom 29.12. 1938 (Nr. AI 9511) mit Anweisung zur Aufnahme des Textes ins Amtsblatt, Abschrift, A.B.
- 7 Schreiben des Ministers des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe (Nr. B 5770) an die Leitung des privaten Lehr- und Erziehungsinstituts St. Ursula vom 26. November 1938, A.B.
- 8 Schreiben des Ministers des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe (Nr. B 41644) an das Kreisschulamt in Villingen vom 2. Dezember 1939, Abschrift, A.B.
- 9 Schreiben des Ministers des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe (Nr. B 44688) an die Schulleitung des privaten Schul- und Erziehungsinstitut St. Ursula vom 11. Dezember 1939, Abschrift, A.B.
- 10 Brief vom Erzbischof Gröber an den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Berlin vom 15.12. 1939, Abschrift, A.B. (siehe 10) Brief von Erzbischof Gröber an den Minister für Reichsverteidigung z.Hd. Sr. Exzellenz Generalfeldmarschall Göring, Berlin, vom 28.12. 1939, Abschrift, A.B.
- 11 Schreiben von Frau Superiorin M. Antonia Hörner an das Ministerium des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe vom 15.1. 1940, Abschrift, A.B.
- 12 Schreiben des Ministers des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe (Nr. B 1119) an die Leitung des privaten Lehr- und Erziehungsinstituts St. Ursula vom 22.1. 1940, A.B.16
- 13 Schreiben des Generalvikars an das Kloster in Villingen vom 19. Februar 1940, A.B.
- 14 Brief vom Erzbischof Gröber vom 12. März 1940, A.B.
- 15 M. Andrea, „Kurze Geschichte der Schule von 1782-1940, Wiederbeginn 1945“, Handschrift, A.B.
- 16 Schreiben des Ministers des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe (Nr. B 9030) an das Kath. Lehr- und Erziehungsinstitut vom 23. März 1940, A.B.
- 17 M. Andrea, a.a.O.